

范文澜：中国通史简编
(修订本) 人民
高玉宝：人民文学

Zeitschrift:

“踏遍青山，革命文艺丛书”

- (2) Rezensionen der in Hong Kong eingetroffenen Literatur und Abdrucke der Vorworte vgl. Ta-kung-pao vom 1., 12., 22., 14., 26., 27. April und 3., 5., 6., 11., 18., 23., 26. Mai 1972
- (3) Ta-kung-pao 18.5.72
- (4) Ta-kung-pao 23., 26.5.
- (5) "Neues Deutschland" 18.6.72, zur internationalen Dimitroff-Konferenz in Sofia

DAS ABKOMMEN VON SIMLA — AUF DES MESSERS SCHNEIDE

Eine dramatische Serie außenpolitischer Ereignisse in Asien zu Anfang Juli stellt China vor eine Reihe neuer Überlegungen. In Korea gab es Anzeichen, daß das Eis des Kalten Krieges langsam zu schmelzen beginnt. In Japan wurde Kakuei Tanaka, der eine neue China-Politik einzuleiten verspricht, zum Ministerpräsidenten gewählt, und auf dem südasiatischen Subkontinent schließlich kam es zwischen Indien und Pakistan zu dem denkwürdigen Abkommen von Simla, das vielleicht den ersten Meilenstein auf dem Langen Marsch zur Aussöhnung zwischen beiden Ländern gesetzt hat. Immerhin haben die beiden Nachfolgestaaten der britischen Kolonialmacht, Indien und Pakistan, seit 1947 vier Kriege gegeneinander geführt: 1948 in Kaschmir, im Frühjahr 1965 in der Wüste des Rann of Kutch (400 km östlich Karatschi), im September desselben Jahres entlang der gesamten indisch-pakistanischen Grenze sowie an der "Waffenstillstandslinie" in Kaschmir und schließlich im Dezember 1971 um Ost-Bengalen. Zahlreiche internationale Vermittlungsversuche (England 1965; Sowjetunion beim Friedensabkommen von Tashkent im Januar 1966) und auch die in beiden Teilen Kaschmirs stationierten militärischen UNO-Beobachter hatten die bisherigen militärischen Auseinandersetzungen nicht verhindern können.

Wird das Abkommen von Simla zwischen den einmal als "Brudervölker" und dann wieder als "Erbfeinde" bezeichneten Staaten zu einem permanenten Gewaltverzicht führen?

Eine Analyse des Abkommens von Simla könnte auf diese Frage eine wenigstens vorläufige Antwort geben: Indien wünschte auf der Konferenz (28.6. - 3.7.) eine "Paket-Lösung", in der nicht nur die unmittelbar anstehenden Fragen, sondern auch die Anerkennung von Bangla Desh durch Pakistan sowie die Anerkennung des Status quo in Kaschmir enthalten sei. Ali Bhutto bestand demgegenüber auf

einer Stufenlösung. Die Verhandlungen schienen zunächst zu scheitern, doch wurde dann sozusagen um 5 Minuten vor 12 doch noch ein Abkommen erzielt, das als Ergebnis einer meisterhaften Politik des Ausklammerns bezeichnet werden darf. Einige Fragen wurden befriedigend geregelt, andere blieben offen. Als formal geregelt dürfen folgende fünf Problemkreise betrachtet werden:

- Beide Parteien verzichten auf Anwendung von Drohungen und Gewalt zum Zwecke der Lösung beiderseitiger Probleme. Eine ähnliche Formel war allerdings bereits im Abkommen von Tashkent vom Januar 1966 enthalten, ohne daß sie die nötige Wirkung entfaltet hätte!
- Rückzug der Truppen (mit Ausnahme von Kaschmir). Beide Teile verpflichten sich, innerhalb von 30 Tagen nach der Ratifizierung des Abkommens ihre Truppen aus solchen Gebieten zurückzuziehen, die sie während des Dezemberkrieges besetzt hatten. Demzufolge gibt Indien insgesamt 12850 km², Pakistan 175 km² frei. Damit wird die "international gültige Grenze" auch bilateral anerkannt.
- Indien versprach weiterhin, die nationale Einheit und die territoriale Integrität Pakistans zu achten.
- Wiederaufnahme des Land-, See- und Luftverkehrs sowie der kulturellen Beziehungen.
- Wiederaufnahme der am 9.12.1971 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen.

Ungeregt dagegen blieben vor allem drei wichtige Fragenbereiche:

- Die Kriegsgefangenenfrage: Indien erklärte sich zwar bereit, die 3000 Pakistanis, die bei den Kämpfen in Westpakistan gefangen genommen worden waren, freizugeben. Ministerpräsidentin Indira Gandhi erklärte sich jedoch für die 90 000 Kriegsgefangenen, die immer noch in Ostbengalen

unter der Aufsicht von indischen Soldaten und Mukti Bahini einsitzen, nicht verantwortlich. Für die Lösung dieses Problems sei vielmehr die Regierung von Bangla Desh zuständig. Mujibur Rahman saß also als "unsichtbarer Dritter" mit am Verhandlungstisch.

Die Kriegsgefangenen sind ein wichtiger Trumpf Mujibur Rahmans im Streit zwischen Islamabad und Dacca um die Anerkennung des Staates Bangla Desh. Diese Anerkennungsfrage konnte in Simla ebenfalls nicht geregelt werden. Immerhin würde eine Anerkennung Daccas den Verzicht auf die ursprüngliche pakistanische Staatsidee Ali Jinnahs bedeuten, nach der alle geographisch zusammenhängenden, von einer Moslem-Mehrheit bevölkerten Gebiete in einem Staat vereinigt werden sollten!

Das Hauptproblem aber, das in Simla ausgeklammert blieb, war die Kaschmirfrage. Hier bleibt es bei der alten Waffenstillstandslinie. Nach wie vor stehen sich also indische und pakistanische Soldaten Gewehr bei Fuß gegenüber.

Wenn allerdings behauptet wird, daß die Kaschmirfrage völlig unberührt blieb, so ist dies nicht ganz richtig. Immerhin kam es zu zwei Vereinbarungen, die Kaschmir wenigstens mittelbar betreffen. Indien versprach nämlich, die Waffenstillstandslinie zu "respektieren". Außerdem sollen künftig alle Fragen zweiseitig, also nicht mehr mit Hilfe der UNO geregelt werden, die ja seit 1949 zu beiden Seiten der Waffenstillstandsgrenze in Kaschmir ihre Beobachter stationiert hat. (1) Allerdings kann man sich fragen, ob die Bilateralisierung der Kaschmirfrage dem ganzen Problem die Giftzähne gezogen hat.

Das Echo zum Abkommen von Simla war überwiegend positiv. Die Sowjetunion, die vor allem im Hinblick auf ihre globale Einkreisungspolitik gegenüber China an einer Aussöhnung Indiens mit Pakistan interessiert sein muß, äußerte sich zustimmend. Auch Dacca, das eine dreiseitige Lösung (2) seines Anerkennungsproblems erwartet, zeigte sich angenehm überrascht.

Wie aber verhielt sich Peking? Von der internationalen Interessenlage her gesehen ist die VRCh unter den Großmächten das einzige Land, das von einer Friedensregelung auf dem Subkontinent keine Vorteile hätte, ja im Gegenteil eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses - nun auch auf Pakistan - befürchten müßte. Vor allem verlöre Peking die Möglichkeit, seine bisher im Verhältnis Indien-Pakistan

so erfolgreiche "divide et impera" - Politik fortzusetzen, die es 71 noch während des indisch-pakistanischen Krieges um Ostbengalen ausgespielt hat und die es seit Jahren durch das höchste bisher von China gegebene Entwicklungshilfevolumen von 352 Millionen US Dollar für Pakistan flankiert. (Freilich hat China mit all diesen Maßnahmen weder den sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrag noch den Sieg Indiens über Pakistan verhindern können, zwei Ereignisse also, die Indien zur unbestrittenen Führungsmacht in Südasien werden ließen.)

Peking konnte sich schwerlich offen gegen das Abkommen von Simla aussprechen, das ja immerhin von dem so eng befreundeten Pakistan ausgehandelt und unterzeichnet worden war. Die Chinesen taten daher das beste, was sie unter diesen Umständen tun konnten, indem sie sich jeglichen offiziellen Kommentars zur Konferenz von Simla enthielten und sich lediglich auf eine kurze Wiedergabe der Ereignisse und Abmachungen von Simla beschränkten. (3) Es blieb jedoch nicht bei dieser Politik des Schweigens. Vielmehr reiste Ende Juni der chinesische Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo eine Woche lang durch Pakistan und versprach neue Hilfe für Islamabad. Eine Zeitlang hatte es geschienen, als ob die Hilfe Peking für Pakistan nachließe. Eine der wichtigsten Aufgaben Pai's war es wohl, diesem Gerücht entgegenzutreten. China verweist vor allem darauf, daß jedes Land so weit wie möglich "auf eigenen Beinen stehen soll". Es hat bisher einiges getan, um Pakistan einer solchen Autarkie näherzubringen. Vor allem sind es zwei große Projekte, die diesem Ziel dienen, nämlich einmal die Schwermaschinenfabrik von Taxila, die vor kurzem fertiggestellt wurde, und zum anderen eine Gießerei mit einer Leistung von jährlich 70 000 t, die bereits geplant und finanziell sichergestellt ist. Gleichzeitig versorgt Peking die Pakistanis mit Waffen. Amerikanische Schätzungen gehen davon aus, daß Peking an Rawalpindi chinesische MIG 19, chinesische T 54 und andere Waffen im Werte von 133 Millionen Dollar geliefert hat. (4) Kein Wunder ist es unter diesen Umständen, daß Pakistan, wie Bhutto bei seiner Rückkehr nach Islamabad am 4. Juli bekanntgab, weiterhin größten Wert auf die chinesisch-pakistanische Freundschaft legen wird. (5) Nach wie vor ist das indo-pakistanische Hauptproblem, die Kaschmirfrage, noch weit von einer Lösung entfernt. Das Abkommen von Simla steht also nach wie vor auf des Messers Schneide - und dies kann Peking nur recht sein. we

- (1) Wie die indische Ministerpräsidentin am 12.7. erklärte, hätten die Beobachter der UNO in Jammu und Kaschmir in den Jahren ihres Aufenthaltes überhaupt keinen wesentlichen Beitrag geleistet. Es obliege den Vereinten Nationen, darüber zu entscheiden, ob sie abgezogen werden sollten oder nicht (Radio Bangla Desh, Monitor-Dienst vom 14.7.72).
- (2) Auf die Frage nach einer Konferenz der drei Parteien - Bangla Desh, Indien und Pakistan sagte Frau Gandhi, daß es darüber bisher noch keine konkreten Termine gebe; ebenda
- (3) Vgl. hierzu SWB 7.7.72
- (4) Salamat Ali "Aid: Pakistan's China Hopes", FEER 8.7.72, S.29 f.
- (5) Herald Tribune vom 5.7.72

INDUSTRIEMANAGEMENT UNTER DER EINHEITLICHEN FÜHRUNG DER PARTEI

Im Innern der Wirtschaftsunternehmen aller Größen und aller Produktionszweige vollzieht sich gegenwärtig eine Entwicklung zu einem strafferen und effizienteren Management. Ziel dieser Bewegung ist es, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch bessere Organisation und mehr Disziplin zu erhöhen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Erzeugnisse soll allerdings nicht auf Kosten der in der Kulturrevolution erreichten, erweiterten Partizipation der Arbeiterschaft am innerbetrieblichen Entscheidungsprozeß geschehen.

Wie zahlreiche Artikel in der chinesischen Presse der letzten Monate erkennen lassen, ist die Konsolidierung der Unternehmensführung seit 1970 in Gang gekommen und nunmehr in eine Phase getreten, in der genügend Erfahrungen vorliegen, um die Linien einer Entwicklung auf breiter Basis festzulegen. Dabei zeichnet sich in Umrissen ein Bild von der Führungsstruktur im Mikromanagement mit den folgenden Hauptmerkmalen ab (1):

Neben der allgemeinen politischen Führung und Überwachung übernimmt das Parteikomitee die Gewalt über alle unternehmenspolitischen Entscheidungen. Durchführung der Beschlüsse und die dafür notwendigen Planungs-, Leitungs-, Kontroll- und Service-Funktionen obliegen dem Revolutionskomitee und den nachgeordneten Stabs- und Linienorganen. Das Revolutionskomitee und alle anderen Verwaltungsgremien sind kollektive Organe, die sich aus Vertretern der drei Hauptgruppen des Personals - Parteikader, Verwaltungsfachleute, Techniker und Arbeiter - zusammensetzen. Darüber hinaus ist der Einfluß der Arbeiter auf den innerbetrieblichen Willensbildungsprozeß durch mehrere Regelungen gesichert: Keine Entscheidung darf ohne vorherige Anhörung und Diskussion durch die Belegschaft gefällt werden; die zuständigen Kaderngremien haben die Pflicht, die Durchführung von Beschlüssen an der Basis zu überwachen, um gegebenenfalls die Beschlüsse aufgrund der neuen Erfahrungen zu modifizieren; alle Kader sind umschichtig

zur Teilnahme an der Produktionstätigkeit verpflichtet und halten so den Kontakt zur Arbeiterschaft; weiterhin werden alle Entscheidungen, besonders die Produktionsaufträge der gesamten Belegschaft erläutert, die somit imstande ist, ihre Arbeit im Gesamtzusammenhang des Unternehmens einzuschätzen.

Der Rationalisierung der Unternehmensführung und der Entlastung der Entscheidungsträger dienen innerbetriebliche Systeme von Regeln und Vorschriften, die nach der übermäßigen Lockerung in den Jahren der Kulturrevolution neu formuliert und ausgebaut werden müssen. Damit im Zusammenhang steht die genaue Abgrenzung von Aufgabenbereichen und das Prinzip der individuellen Verantwortung.

Für die Beziehungen zwischen den einzelnen Ebenen der Organisation gilt allgemein der Grundsatz der Zentralisierung von wichtigen und der Delegation von weniger wichtigen Zuständigkeiten. Dadurch erhält die jeweils niedrigere Ebene einen relativ großen Spielraum bei der Ausführung von Aufträgen und kann dabei die Besonderheit ihrer konkreten Bewerksstellung ins Spiel bringen.

Dieses Wechselverhältnis von zentralisierter Zielformulierung und weitgehender Delegation von Leitungsfunktionen im operationalen Bereich kennzeichnet auch die Beziehungen des Unternehmens zum "Staat" oder Kollektiv. Je nach Größe, Funktion und Produktionszweig unterstehen die Industriebetriebe auf den unteren Ebenen der ländlichen Produktionsbrigade oder der Kommune, auf den höheren Verwaltungsebenen dem Kreis, der Stadt, einer Provinz oder einem Ministerium der Zentralregierung. Ein Zeichen der Dekonzentration ist hierbei, daß zahlreiche ehemals zentral gesteuerte Großunternehmen heute den Provinzen unterstellt sind. Zugleich wuchs das in der Zuständigkeit der unteren und untersten Ebenen stehende Potential durch den Aufbau und Ausbau der Lokalindustrie im Zuge der Mechanisierung der Landwirtschaft.